3003 Bern, den 30. Dezember 1969

Vertraulich

Notiz

Betr. Klotener Attentat, Ausweisung der Attentäter gestützt auf Art. 70 BV?

Palästinenser zu Recht vor Gericht gebracht, verurteilt und nun dem Strafvollzug zugeführt wurden, bleibt als primäre Frage die, ob der Bundesrat kompetent sei, gegenüber den zürcherischen Behörden (zwecks anschliessender Ausweisung) den Abbruch des Strafvollzuges zu verfügen. Die Antwort auf diese Hauptfrage lässt sich u.E. nicht aus Art. 70 BV ableiten.

Gemäß Bundesverfassung ist der Strafvollzug Sache der Kantone (Burckhardt a.O. S. 596 zu Art. 64 bis BV; vgl. auch Art. 374 StGB). Mit Bezug auf die Handhabung der administrativen Bestimmungen über den Strafvollzug hat der Bundesrat ein Oberraufsichtsrecht (Art. 392 StGB). Es ist jedoch klar, dass ihm dieses Recht nicht die Befugnis gibt, einen gesetzmässigen Strafvollzug zu verhindern. Das Recht der Begnadigung steht im vorliegenden Fall, wo ein kantonales Gericht urteilte, den kantonalen Behörden zu (Art. 394 StGB). Der Bundesrat kann also auch nicht etwa auf dem Begnadigungswege in den Strafvollzug gegen die Palästinenser eingreifen. Es bleibt damit u.E. einzig die Frage, ob er dies gestützt auf Art. 102 Ziff. 8 – 10 BV tun könnte.

Dass der Bundesrat zur Wahrung der äussern und innern Sicherheit des Landes kompetent ist, auf bestimmte konkrete Fälle zugeschnittene Verfügungen zu erlassen, ist in der schweizerischen Doktrin unbestritten (mit Bezug auf die innere Sicherheit ist einzig die primäre Zuständigkeit der Kantone zu beachten). Eine solche Polizeiverfügung ist z.B. gerade die kompetenzmässig auf Art. 102 Ziff. 8 – 10 fussende Ausweisungsverfügung des Bundesrates
2. dass die Wahrung der äussern und innern Sicherheit und Ordnung eine verfassungsmässige Befugnis der genannten Behörde ist und deshalb nicht a priori der Gesetzgebung untergeordnet ist und dass der Zweck dieser Befugnisse verlangt, dass dem Gesetz, ja unter Umständen dem Verfassungsrecht (vgl. Art. 16) derogiert werde, wenn die Sicherheit des Staates es verlangt; 3. dass nicht zu unterscheiden ist zwischen generellen, allgemein verbindlichen und besonderen, individuellen Anordnungen, etwa in dem Sinn, dass der Bundesrat (und die Bundesversammlung) besondere Verfügungen treffen dürfte, aber nicht allgemeine Verordnungen; denn abgesehen davon, dass der Gegensatz von Allgemeinem und Besonderem relativ ist, ist eine Anordnung nicht weniger rechtswidrig, weil sie individuell ist, sofern nämlich der Inhalt überhaupt unzulässig ist."
- Wenn Burckhardt in der soeben zitierten Ziff. 3. die
generellen, allgemein verbindlichen und die besonderen individuellen Anordnungen auf die gleiche Ebene stellt, so will Ziff. 2 offenbar besagen, dass u.U. auch Verfügungen des Bundesrates dem Gesetz oder der Verfassung derogieren können, "wenn die Sicherheit des Staates es verlangt".


BUNDESANWALTSCHAFT
RECHTSDIENST
Der Chef: